



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

Legislaturperiode: VIII
Sitzung Nr. 29 vom 26. Januar 2004
Ort: Kronenmattsaal
Dauer: 19.30 bis 22.05 Uhr

Leitung: E. Rietmann

Protokollführung: B. Christen

Anwesend: 36 Mitglieder

Abwesend: F. Gerber, M. Metz, E. Sütterlin und S. Zürcher

Protokollgenehmigung: Das Protokoll der 28. Sitzung vom 15. Dezember 2003 wird genehmigt.

Präsident:

für das Protokoll:

Eduard Rietmann

Petra Oppliger

E. Rietmann begrüsst den neuen Gemeindeverwalter Olivier Kungler sowie die drei neu eingetretenen Ratsmitglieder der FDP-Fraktion. Fraktionspräsident *M. Zimmermann* stellt Anita Eichenberger, Jürg Humbel und Willy Müller kurz vor.

Mitteilungen des Präsidenten:

- Seit Anfang Jahr kann das Geschichtsbuch über Binningen bestellt werden. Er empfiehlt, davon Gebrauch zu machen.
- Der Neujahrs-Apéro wurde überaus rege besucht und soll deshalb auch in Zukunft weitergeführt werden.

Neue persönliche Vorstösse :

Folgende Vorstösse sind heute eingereicht worden:

- Postulat M. Schmidli, Grüne / G. Köhler, SP: Einrichtung einer Skating-Anlage in Binningen (Gesch. Nr. 190)

Grüne: *M. Schmidli:* Das Projekt ist von engagierten Jugendlichen anlässlich eines Ideenwettbewerbs der katholischen Kirche eingereicht worden und gewann einen Preis in der Höhe von 10'000 Franken. Der Gemeinderat wird ersucht, die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Umsetzung zu schaffen. Es ist wichtig, dass die Eigeninitiative der jungen Menschen unterstützt wird.

- Postulat CVP-Fraktion: Erwerb des Areals des Schiessplatzes Allschwiler-Weiher durch die Gemeinde Binningen. (Gesch. Nr. 191)
Der Vorstoss wird vorgelesen.

Die Postulate gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

Traktandenliste:

1. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.12.2003
Totalrevision des Allmendreglements (1. Lesung) **182**
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 4.11.2003 und Bericht der BPK vom 13.1.2004:
Genehmigung des Gesamtprojektes "Schlosspark Binningen" enthaltend: Sanierung Liegenschaft Schlossgasse 2 (Imhof-Haus), Verlegung Schlossgasse, Erstellung eines Schlossparks, Erstellung einer Einstellhalle und Bewilligung eines Bruttokredits von CHF 15.05 Mio. (Restfinanzierung CHF 9.50 Mio.) **164**
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.1.2004:
Ersatzbeschaffung von Werkhof-Fahrzeugen, Investitionsausgabe von CHF 204'000.00 **189**
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.1.2004:
Genehmigung von Abrechnungen diverser Bauobjekte und Anschaffungen **186**
5. Inspektionsbericht der GRPK vom 15.3.2003 zum Thema:
Wirtschaftsförderung in Binningen **162^{*)}**
6. Inspektionsbericht der GRPK vom 21.8.2003 zum Thema:
Jugendhaus und Jugendarbeit **187**
7. Inspektionsbericht der GRPK vom Dezember 2003 zum Thema:
Finanzvermögen **188**
8. Motion FDP-Fraktion vom 4.11.2003:
Schliessung des Schiessplatzes Allschwiler-Weiher / Schaffung von Sportplätzen auf diesem Areal **177**
9. Interpellation SP-Fraktion vom 15.12.2003:
Sanierung und Nutzung Liegenschaft Holeerain 42 **185**
Antwort des Gemeinderats
10. **Diverses**

Traktandum 1

Geschäft Nr.

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.12.2003
Totalrevision des Allmendreglements

182

Eintreten:

CVP: *T. Petitjean* vertritt die Auffassung, dass es sich hier um einen wichtigen Erlass handelt. Es ist bedauerlich, dass das ebenfalls zu revidierende Parkplatz-Reglement nicht gleichzeitig behandelt werden kann. Denkbar wäre nämlich, dass die beiden Reglemente in einem Erlass zusammengefasst würden, weil es inhaltlich um die gleiche Materie geht. Wichtig ist, dass die Regelungen anwendungsfreundlich sind. Die Begriffe müssen klarer definiert werden, beispielsweise Unterschied und die Abgrenzung von "gebührenfreier Allmend-Benützung" im Gegensatz zu "vorübergehender Benützung". Die Gebühren sind im Vergleich z. B. zu Basel-Stadt hoch und bedürfen einer Überprüfung. Bezüglich Aufbau weist die Vorlage seines Erachtens Defizite auf, welche durch eine Spezialkommission, bestehend aus sieben Mitgliedern, ausgemerzt werden sollten.

FDP: *S. Cron:* Die Fraktion teilt diese Meinung. Vor allem die massive Erhöhung der Gebühren wird kritisch bzw. ablehnend beurteilt. Diese sind fast identisch mit Basel-Stadt, wo es deswegen einigen Wirbel gab. Eine 7-er Spezialkommission soll sich deshalb mit dem Thema befassen und wenn möglich auch gleich das überarbeitete Parkplatz-Reglement behandeln.

SVP: *E. Kohl* schliesst sich den beiden vorausgegangenen Voten an. Von den hohen Gebühren wären nicht zuletzt die Gewerbetreibenden betroffen. Die Überweisung an eine 7-er Spezialkommission wird befürwortet.

SP: *R. Dürig* vertritt eine andere Ansicht. Seine Fraktion hätte eine Direktberatung im Plenum in zwei Lesungen unterstützt. Sie akzeptiert jedoch auch eine Spezialkommission. Die Vorberatung durch die Bau- und Planungskommission wäre ebenfalls zu erwägen.

JLB: *C. Fries* spricht sich dafür aus, das Geschäft 182 an eine Spezialkommission zu übergeben.

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Husi:* Nachdem sich die Fraktionen mehrheitlich für eine Überweisung an eine Spezialkommission aussprechen, will er im Moment nicht auf die Voten eingehen; dies wird in der Kommission geschehen.

FDP: *A. Mati* erkundigt sich, ob nicht doch die Möglichkeit besteht, das Parkplatz-Reglement gleichzeitig in der Spezialkommission zu beraten.

Gemeinderat C. Simon antwortet, dass dies nicht möglich sein wird, weil das Parkplatz-Reglement noch in der Vorbereitungsphase steckt, es sei denn, das Allmend-Reglement würde um rund zwei Monate zurückgestellt. Seines Erachtens haben die beiden Erlasse nicht sehr viele Gemeinsamkeiten.

Mit 26 Ja bei 10 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das Geschäft wird zur Beratung an eine 7 Mitglieder umfassende Spezialkommission überwiesen.
--

Traktandum 2**Geschäft Nr.**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 4.11.2003 und Bericht der BPK vom 13.1.2004:

Genehmigung des Gesamtprojekts "Schlosspark Binningen" enthaltend: 164
Sanierung Liegenschaft Schlossgasse 2 (Imhof-Haus), Verlegung Schlossgasse,
Erstellung eines Schlossparks, Erstellung einer Einstellhalle und Bewilligung eines
Bruttokredits von CHF 15.05 Mio. (Restfinanzierung CHF 9.50 Mio.)

BPK-Präsident A. Achermann fasst zusammen, dass alle im Plenum am 17. November 2003 gestellten Fragen sowie viele weitere, welche schriftlich eingingen, in der Kommission diskutiert und im Bericht beantwortet worden sind. Die meisten betrafen die künftige Nutzung des Imhof-Hauses, insbesondere die Gästezimmer. Festzuhalten ist, dass auch die BPK keine absolute Garantie abgeben kann, dass der Hotelbetrieb zur Erfolgsgeschichte wird. Gemeinderat und Verwaltung waren sich des gewissen Risikos bewusst und haben entsprechend sorgfältig die Abklärungen vorgenommen. Beispielsweise liegen eine Analyse der Bausubstanz vor, ausserdem ein Betriebsmodell unter Einbezug externer Gutachter und des künftigen Betreibers. Klare Vorstellungen gibt es auch bezüglich des Vertrags mit letzterem. Es existieren Alternativen für andere Nutzungen, falls die Gästezimmer ungenügend ausgelastet sein sollten. Hervorzuheben sind jedoch die Pluspunkte, welche für das vorgeschlagene Projekt im Imhof-Haus sprechen: beispielsweise die zentrale Lage, die sehr gute Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehrsmittel. Mit dem kantonalen Zivilstandsamt ist ein guter Teil der budgetierten Einnahmen gewährleistet, ebenso wegen des weit herum bekannten Binner und Bottminger Schlosses. Die Hotelzimmer-Preise entsprechen den in der Region üblichen zwischen 140 bis 220 Franken pro Nacht für ein Einzelzimmer und 180 - 280 für ein Doppelzimmer, abhängig von Saison, Komfort usw. Eine gute Lösung fand sich letztlich auch für das Parkplatzproblem. Unsere Gemeinde, welche von Verkehrsadern zerschnitten wird, erhält einen attraktiven neuen Dorfteil. Es besteht heute die Chance, dem Vorhaben zur Realisierung zu verhelfen. Wird sie vertan, so bleibt der unbefriedigende Zustand des sanierungsbedürftigen Hauses und Strassenabschnitts als auch einem ungelösten Parkplatzproblem in diesem Bereich auf Jahre hinaus weiter bestehen. Die BPK stellt sich mit acht Ja bei einer Enthaltung klar hinter die Anträge des Gemeinderats für das Schlosspark-Projekt.

Eintreten:

SVP: *M. Trautwein:* Mit Ausnahme der geplanten Nutzung des Imhof-Hauses stimmt die Fraktion dem übrigen Schlosspark-Projekt vorbehaltlos zu. Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, dass der Gemeinderat versucht, eine Rendite aus dem Imhof-Haus zu erwirtschaften. Als es sich jedoch herausstellte, dass das Haus für Wohnungen und Büros ungeeignet ist, hätte der Gemeinderat umdenken müssen. Es sollte nur das Notwendigste im alten, denkmalgeschützten Teil saniert und für das Zivilstandsamt das absolut Notwendige angebaut werden. Massnahmen sind zu treffen, um die Gebäudesicherheit des bestehenden Teils zu gewährleisten. Somit wären die Kosten um einige Millionen kleiner und das Risiko mit Hotelzimmern würde eliminiert. Bei einem Pächterwechsel wird befürchtet, dass die Gemeinde ein unvermietbares Hotel teuer umbauen muss. Damit die Einwohnerschaft klar Stellung nehmen kann, ob sie ein Hotel will oder nicht, beantragt die Fraktion, in der Volksabstimmung diesbezüglich eine Zusatzfrage zu stellen. In den Abstimmungsunterlagen ist unbedingt auf das Risiko betreffend Imhof-Haus hinzuweisen.

Grüne: *K. Birkhäuser* zieht aus dem BPK-Bericht andere Schlüsse. Alle Wenn und Aber wurden eingehend diskutiert. Das Projekt ist gut und soll nun unverzüglich gemäss den vorliegenden Anträgen umgesetzt werden.

FDP: *D. Anliker* erklärt, dass ihre Fraktion nach wie vor geteilter Meinung ist. Ob die Auslastung sowie die Ertragsschätzungen für die Hotelzimmer realistisch sind, bleibt Ermessenssache. Tatsache ist, dass die kritischen Stimmen zunehmen. Um nicht das ganze Projekt zu gefährden, stellt die Fraktion folgenden Antrag:

"Die Abstimmungsvorlage zum Projekt Schlosspark soll derart gestaltet werden, dass das Stimmvolk durch eine Stichfrage über den definitiven Verwendungszweck des renovierten Imhof-Hauses (ausgenommen Zivilstandsamt) abstimmen kann. Dabei müssen folgende Varianten für die Nutzung des renovierten Imhof-Hauses (ausgenommen Zivilstandsamt) zur Ausführung kommen oder weiterverfolgt werden: Gästezimmer Hotel Ja/Nein und Büro/Arztpraxen/Wohnungen Ja/Nein".

Da der Grundriss sowohl eine Nutzung für 22 Gästezimmer, Büroräume oder Wohnungen zulässt, soll das Stimmvolk entscheiden. Falls der Hotelbetrieb scheitert, ergeben sich hohe Umbaukosten. Es wäre aber sehr bedauerlich, wenn das ganze Projekt wegen der umstrittenen Gästezimmer abgelehnt würde.

SP: *P. Fankhauser:* Die grosse Mehrheit der Fraktion plädiert für Eintreten und wird den Anträgen der BPK folgen. Eine Koordination der Bauphase mit dem Kronenplatz-Umbau ist anzustreben. Um das Schloss in der Bevölkerung besser bekannt zu machen, ist ein Tag der offenen Tür anlässlich der Einweihung des Ensembles in Betracht zu ziehen. Der Park soll dem Volk zur Verfügung stehen und mit genügend Sitzgelegenheiten versehen werden. Eine Parkordnung wird vermutlich unumgänglich sein. Der Parkplatzbewirtschaftung in der Schlossgasse, beim Park und in der Einstellhalle ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Der Birsigplatz zwischen Imhof- und Bürgerhaus soll Begegnungen ermöglichen und zum Verweilen einladen.

CVP: *B. Bächtiger* dankt der BPK für den ausführlichen Bericht. Er appelliert an die SVP- und FDP-Fraktion, nicht länger Haare in der Suppe zu suchen. Der Einwohnerrat ist als Vertretung des Volks gewählt und muss seine Verantwortung wahrnehmen. Seine Fraktion ist von der Vorlage begeistert. Die Kosten sind transparent. Mit der Verlegung der Schlossgasse, der Renaturierung des Birsigs in diesem Abschnitt und der Verlegung der Parkplätze in eine Tiefgarage wird ein attraktiver öffentlicher Park geschaffen und mit der Nutzung des Imhof-Hauses als Zivilstandsamt und einem Angebot für Übernachtungen ergibt sich eine ideale Kombination zum weit herum bekannten Schloss. Diese einmalige Chance muss genutzt werden. Ortsbild und Wohnqualität von Binningen erhöhen sich dadurch entscheidend. Die CVP-Fraktion wird überzeugt geschlossen den Anträgen zustimmen.

JLB: *P. Treuthardt* ist nach wie vor gegen Gästezimmer im Imhof-Haus. Die Gemeinde soll kein Hotel betreiben und damit einerseits die Privatwirtschaft konkurrenzieren, andererseits ein hohes Risiko eingehen. Aus diesem Grund wird das Projekt abgelehnt, obschon die übrigen geplanten Vorhaben befürwortet werden. Der Antrag der FDP-Fraktion für das Unterbreiten einer Stichfrage zum Verwendungszweck des Imhof-Hauses wird unterstützt.

EVP: *U. von Bidder* freut sich, dass das Projekt nun beschlussreif vorliegt. Seine Bedenken wurden durch den detaillierten Bericht der BPK ausgeräumt. Die Vorlage soll nicht geteilt werden. Wenn schon der Rat sich nicht völlig einig ist bezüglich Gästezimmer, wie soll sich das Volk eine objektive Meinung bilden können. Er ist persönlich bereit, das verbleibende Risiko in Kauf zu nehmen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *R. Felber* dankt dem BPK-Präsidenten für die sorgfältige Beantwortung der Fragen im Schlussbericht. Es liegt nun nicht zuletzt an den Mitgliedern des Rats sowie an der Presse, das Projekt positiv bei der Bevölkerung bekannt zu machen, damit es in der kommunalen Abstimmung im Mai angenommen wird. Zum Argument des SVP-Sprechers möchte er klar betonen, dass das Imhof-Haus nie allein stand, sondern immer mit Anbauten versehen war. Auch die Denkmalpflege hat verlangt, dass diesem Umstand bei einer Renovation Rechnung getragen wird und in allen Wettbewerbsprojekten wurde dies berücksichtigt. Was die geäusserten Bedenken bezüglich Vermietungsproblem nach einem Wechsel mit einem neuen Mieter in einigen Jahren anbelangt, so beurteilt der Hotelierverein die Vermietung des Schlosses mit Übernachtungsmöglichkeit in unmittelbarer Nähe besser als die Vermietung des Schlosses allein. Die BPK-Mitglieder sind zur Überzeugung gelangt, dass sich das Imhof-Haus für Wohnungen, welche sehr teuer würden, nicht sehr eignet. Ein gewisses Risiko bleibt bei jeder Variante bestehen, ob Gästezimmer, Wohnungen oder Büros. Bekanntlich stehen auch in Binningen einige Büroräume leer. Selbst wenn es sich herausstellen sollte, dass die Gästezimmer nicht genügend belegt sind, so wäre der Umbau in Büros oder Wohnungen relativ einfach und ohne grosse Kosten vorzunehmen; umgekehrt wäre dies hingegen schwieriger. Er plädiert im Namen des gesamten Gemeinderats, die Abstimmungsvorlage deshalb nicht unnötig zu komplizieren und das Gesamtprojekt zu genehmigen.

SVP: *M. Trautwein* präzisiert, dass der gestellte Antrag nicht ohne jeglichen Anbau beim Imhof-Haus zu verstehen ist, sondern dass es um dessen Grösse geht und die Kosten entsprechend tiefer ausfallen. Der Antrag verhindert das übrige Projekt in keiner Weise.

BPK-Präsident A. Achermann betont, dass es hier um ein Gesamtkonzept geht, welches alle Facetten umfasst, d. h. Nutzung, Architektur, Betriebsfragen. Die Aussage von P. Treuthardt stimmt nicht: die Gemeinde wird nie Betreiberin der Gästezimmer sein. Festzuhalten ist im Weiteren, dass bezüglich Zweiteilung der Vorlage bei der BPK kein konkreter Antrag gestellt worden ist. Deshalb soll die Vorlage dem Volk unverändert unterbreitet werden.

FDP: *M. Zimmermann* bemerkt, dass die Gemeinde die Investition tätigt und somit auch das Risiko trägt. Ausserdem liegt noch kein unterschriebener Mietvertrag vor. Weil der Pächter des Schlosses praktisch konkurrenzlos als Mieter vom Imhof-Haus in Betracht kommt, wird er die Mietkonditionen für die Gästezimmer verständlicherweise zu seinen Gunsten ausgestalten. Seines Erachtens sind die vom Hotelierverein ermittelten Zahlen zu optimistisch. Vergessen ging zudem, die Mehrwertsteuer abzuziehen. Besser wäre die schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit angefragt worden. Büroräume an dieser Lage wären seines Erachtens sehr attraktiv. Allenfalls könnte statt dessen die Gemeindebibliothek dort untergebracht werden oder aber die Räume könnten für kulturelle Zwecke zur Verfügung stehen.

SP: *T. Rehmann* findet es zwar richtig, dass die Zahlen hinterfragt werden. Das Misstrauen der FDP- und SVP-Fraktion erscheint ihr jedoch ungerechtfertigt. Sie weist darauf hin, dass Binningen mit dem Projekt auch einen hohen Gegenwert erhält.

EVP: *U. von Bidder* entgegnet *M. Zimmermann* dass laut Bericht auf Seite 4 die Erfahrungswerte der schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit eingeflossen sind. Er zieht die Aussage der BPK nicht in Zweifel.

FDP: *M. Zimmermann* antwortet, dass er die entsprechende Aussage so interpretiert, dass diese Gesellschaft nicht direkt zum konkreten Fall angefragt worden ist.

BPK-Präsident A. Achermann hält fest, dass das Zahlenmaterial von Gemeinderat und Verwaltung zusammengetragen wurde. Die BPK hat volles Vertrauen, dass dies seriös getan worden ist.

FDP: *A. Mati* erläutert, dass die optimistischere Prognose des Hoteliervereins darauf gründet, dass das nahe Schloss-Restaurant den Aufwand für Personal, Warenkosten usw. senkt im Vergleich zu einem üblichen Hotel garni-Betrieb.

Präsident E. Rietmann lässt über die beiden Anträge aus dem Plenum abstimmen. Jener der SVP hat folgenden Wortlaut: *"Die Imhofhaus-Sanierung mit den heute geplanten Anbauten für das Zivilstandsamt und dem Hotel mit 22 Zimmern im Betrag von CHF 6.8 Mio. ist vom Gesamtprojekt zu trennen und dem Volk als separate Zusatzfrage zu unterbreiten."*

://: Mit 10 Ja, 20 Nein bei 6 Enthaltungen wird der SVP-Antrag abgelehnt.

://: Mit 18 Ja, 18 Nein und Stichentscheid des Präsidenten auf Ablehnung wird der Antrag der FDP betreffend Stichfrage an der Volksabstimmung zu Gästezimmern oder aber Büros / Arztpraxen / Wohnungen, abgewiesen.

Detailberatung: entfällt.

Mit 26 Ja, 8 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

- :::** 2.1 Dem Gesamtprojekt "Schlosspark Binningen" enthaltend:
- Sanierung Schlossgasse 2 (Imhof-Haus)
 - Erstellung eines Schlossparks
 - Verlegung der Schlossgasse
 - Erstellung einer Einstellhalle
- wird zugestimmt und ein Bruttokredit von CHF 15.05 Mio. (Restfinanzierung CHF 9,5 Mio.), zuzüglich teuerungsbedingte, in der Abrechnung nachzuweisende Mehrkosten, wird bewilligt.

Einstimmig wird beschlossen:

- :::** 2.2 Der vorstehende Beschluss (Ziff. 2.1) wird gemäss § 10 der Gemeindeordnung vom 23.8.1999 der Volksabstimmung unterstellt.
- :::** 2.3 Das Postulat der CVP-Fraktion betreffend Nutzung des Imhof-Hauses (Gesch. Nr. 116) wird als erledigt abgeschrieben.

Mit deutlichem Mehr wird beschlossen:

- :::** 2.4 Das Postulat der FDP-Fraktion betreffend Schlosspark / Imhof-Haus (Gesch. Nr. 127) wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 3

Geschäft Nr.

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.1.2004:

Ersatzbeschaffung von Werkhof-Fahrzeugen, Investitionsausgabe von CHF 204'000.00

189

Eintreten:

SVP: U. Rediger hebt positiv hervor, dass offenbar vor der Anschaffung auch die späteren Benutzer/innen der Fahrzeuge und Geräte ihre Meinung äussern können.

FDP: M. Ziegler merkt an, dass seine Fraktion den Anschaffungen zustimmen wird. Es stellt sich für einen Teil der Investitionen wieder einmal die grundsätzliche Frage eines allfälligen Outsourcings.

Stellungnahme des Gemeinderats: M. Husi bestätigt, dass die Mitarbeitenden ihre Meinung äussern können und auch bei der Submission nicht allein der Preis entscheidend ist.

Detailberatung: entfällt

Einstimmig wird beschlossen:

://: Für die budgetierten Beschaffungen von Werkhof-Fahrzeugen wird zu Lasten von Konto 620.506.01 eine Investitionsausgabe von CHF 204'000.00 bewilligt.

Traktandum 4

Geschäft Nr.

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.1.2004:

Genehmigung von Abrechnungen diverser Bauobjekte und Anschaffungen

186

Eintreten:

SVP: M. Trautwein: Besonders erfreulich ist, dass diverse Kredite nicht ausgeschöpft worden sind und bei Anschaffungen auf ein gutes Preis-/Leistungsverhältnis geachtet wird. Wenn die Differenz allerdings z. B. 19 % beträgt, stellt sich die Frage, ob nicht zu grosszügig budgetiert wurde oder mit einer besseren Planung derart grosse Abweichungen vermieden werden könnten.

FDP: J. Koene: Die Fraktion hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass die meisten Abrechnungen weniger hoch ausgefallen sind als im Budget vorgesehen.

Stellungnahme des Gemeinderats: M. Husi greift das Votum von M. Trautwein auf und erklärt, dass sich beim Tiefbau hin und wieder unvorhersehbare Probleme ergeben können.

Detailberatung: entfällt

Einstimmig wird beschlossen:

://: 4.1 Von folgenden Abrechnungen, deren Abrechnungssumme unter dem bewilligten Kredit liegt oder gleich hoch ist, wird Kenntnis genommen:

- Objekt Nr. 2, Sanierung Hartplatz Spiegelfeld, mit Gesamtkosten von CHF 275'656.35 (Konto 344.503.01).
- Objekt Nr. 3, Einrichtung Pflegewohnung Neubadrain, mit Gesamtkosten von CHF 231'756.25 (Konto 410.565.02).
- Objekt Nr. 4, Anschaffung Strassenwischmaschine, mit Gesamtkosten von CHF 208'317.50 (Konto 620'506.01).
- Objekt Nr. 5, Anschaffung Trottoir-Wischmaschine, mit Gesamtkosten von CHF 145'000.00 (Konto 620'506.01).
- Objekt Nr. 7, Wasserleitung Friedhofweg, mit Gesamtkosten von CHF 189'861.00 (Konto 700.501.22).
- Objekt Nr. 9, Wasserleitung Melchtalstrasse, mit Gesamtkosten von CHF 168'221.05 (Konto 700.501.29).

.. / ...

- ://:**
- Objekt Nr. 12, Wasserleitung Rottmannsbodenstrasse, mit Gesamtkosten von CHF 67'132.70 (Konto 700.501.33).
 - Objekt Nr. 13, Wasserleitung Hohlegasse, mit Gesamtkosten von CHF 196'222.80 (Konto 700.501.34).
 - Objekt Nr. 15, Wasserleitung Holeeholzweg, mit Gesamtkosten von CHF 52'204.35 (Konto 700.501.36).
 - Objekt Nr. 18B, Kanalisation Hauptstrasse, Baukredit 1. und 2. Etappe, mit Gesamtkosten von CHF 1'793'459.15 (Konto 710.510.04).
- 4.2** Die Abrechnung von Objekt Nr. 1, Sanierungsarbeiten Mühlematt-Schulhaus, mit Gesamtkosten von CHF 259'659.90 wird genehmigt. Zu Lasten des Investitionskontos 242.503.05 wird ein Zusatzkredit von CHF 4'359.90 bewilligt.
- 4.3** Die Abrechnung von Objekt Nr. 6, Digitaler Leitungskataster, mit Gesamtkosten von CHF 587'219.15 wird genehmigt. Zu Lasten des Investitionskontos 620.581.01 wird ein Zusatzkredit von CHF 12'219.15 bewilligt.
- 4.4** Die Abrechnung von Objekt Nr. 8, Wasserleitung Friedhofstrasse, mit Gesamtkosten von CHF 77'483.70 wird genehmigt. Zu Lasten des Investitionskontos 700.501.23 wird ein Zusatzkredit von CHF 2'483.70 bewilligt.
- 4.5** Die Abrechnung von Objekt Nr. 10, Wasserleitung Benkenstrasse, mit Gesamtkosten von CHF 261'494.40 wird genehmigt. Zu Lasten des Investitionskontos 700.501.30 wird ein Zusatzkredit von CHF 26'494.40 bewilligt.
- 4.6** Die Abrechnung von Objekt Nr. 11, Wasserleitung Tiefengrabenstrasse, mit Gesamtkosten von CHF 241'147.95 wird genehmigt. Zu Lasten des Investitionskontos 700.501.32 wird ein Zusatzkredit von CHF 16'147.95 bewilligt.
- 4.7** Die Abrechnung von Objekt Nr. 14, Wasserleitung Schützenweg, mit Gesamtkosten von CHF 53'589.40 wird genehmigt. Zu Lasten des Investitionskontos 700.501.35 wird ein Zusatzkredit von CHF 8'589.40 bewilligt.
- 4.8** Die Abrechnung von Objekt Nr. 16, Wasserleitung Dorenbachkreisel, mit Gesamtkosten von CHF 97'643.85 wird genehmigt. Zu Lasten des Investitionskontos 700.501.37 wird ein Zusatzkredit von CHF 17'143.85 bewilligt.
- 4.9** Die Abrechnung von Objekt Nr. 17, Wasserleitung Im Spiegelfeld, mit Gesamtkosten von CHF 10'760.00 wird genehmigt. Zu Lasten des Investitionskontos 700.501.38 wird ein Zusatzkredit von CHF 760.00 bewilligt.
- 4.10.** Die Abrechnung von Objekt Nr. 18A, Projektierungskredit Hauptstrasse 1. und 2. Etappe, mit Gesamtkosten von CHF 133'942.90 wird genehmigt. Zu Lasten des Investitionskontos 710.501.04 wird ein Zusatzkredit von CHF 11'942.90 bewilligt.

Traktandum 5

Geschäft Nr.

Inspektionsbericht der GRPK vom 15.3.2003 zum Thema:

Wirtschaftsförderung in Binningen

162

Subkommissionspräsident H. Senn: Als Basisunterlage und Vergleich dienten die vom Gemeinderat im Strategischen Entwicklungs- und Finanzplan dargelegten Ziele des Gemeinderats. Bei einer Befragung der Verantwortlichen ergab sich, dass für dieses Thema relativ wenig Zeit investiert wird. Meist beschränken sich die Aktivitäten auf die Beantwortung von Anfragen potenzieller Unternehmer. Leider blieben konkrete Bemühungen im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Quartierplans Kronenplatz schliesslich ergebnislos; bekanntlich zog der Grossinvestor sein Vorhaben zurück. Tatsächlich bleibt wenig Spielraum offen, weil Binningen praktisch über keine entsprechenden Landreserven verfügt. Bezüglich Schaffung finanzieller Anreize für neue Betriebe ist die kantonale Steuerverwaltung zuständig. Ein Kontakt zum Gewerbeverein hat während Jahren kaum bestanden. Inzwischen ist ein neuer Vorstand gewählt worden. Die Aussichten einer Belebung sind somit wieder besser. Als Empfehlung wurde im Bericht eine jährliche Kontaktveranstaltung mit dem Gewerbe sowie weiteren Wirtschaftsverbänden empfohlen. Ausserdem ist die Attraktivität der Läden insbesondere an der Hauptstrasse, z. B. durch ein genügendes Parkplatzangebot, zu fördern. Die heute präsentierten hohen Gebühren im Zusammenhang mit dem Allmendreglement sind sicher kontraproduktiv. Fazit: Verglichen mit den Zielsetzungen im SEF und im Vergleich zu den kantonalen Behörden könnten die Anstrengungen in Binningen intensiviert werden. Auch die Homepage könnte in diesem Bereich informativer gestaltet werden.

Eintreten:

SP: *G. Köhler* erachtet das Thema als wichtig und hält den Bericht für ziemlich oberflächlich. Es fehlt beispielsweise eine konkrete Begriffs- und Zieldefinition. Er vermisst kreative Ideen, die durchaus auch von einem externen Büro erarbeitet werden könnten. Ausserdem wurden die Bedürfnisse der Betroffenen nicht abgeklärt. Schaffung von Parkplätzen ist seines Erachtens nicht eigentliche Wirtschaftsförderung. Der Vergleich mit Reinach ist unvollständig, weil die Frage der Wertschöpfung nicht beantwortet wird.

SVP: *E. Kohl* findet den Bericht gut abgefasst. Binningen verfügt tatsächlich über kaum mehr entsprechende Baulandreserven. Es gilt deshalb vor allem, in Binningen die bestehenden Dienstleistungsbetriebe zu erhalten und zu pflegen. Der kommunale Steuerfuss ist ein wichtiges Kriterium für Wirtschaftsbetriebe. Wie H. Senn erwähnt hat, sind die revidierten Allmendgebühren völlig unattraktiv.

FDP: *M. Zimmermann* beurteilt den Bericht als gut und prägnant. Als weitere Empfehlung würde er noch Steuersenkungen anfügen, wie er dies anlässlich der Budget-Debatte beantragt hat.

Grüne: *M. Schmidli* bezweifelt, ob es Sinn macht, auf Gemeindeebene Wirtschaftsförderung zu betreiben. Selbstverständlich würde die Schaffung von neuen Arbeits- und Lehrstellen begrüsst. Weitere steuerliche Anreize sind unnötig. Überlegt werden müsste, welche neuen Gewerbebetriebe wünschenswert sind; denn auf die dichte Besiedlung ist Rücksicht zu nehmen. Ihrer Auffassung nach hängt die Attraktivität einer Einkaufsstrasse nicht von mehr Parkplätzen ab, was wiederum zusätzlichen Verkehr anzieht.

SVP: *U. Rediger* fügt an, dass alle Einwohner/innen Wirtschaftsförderung betreiben können, indem sie das ansässige Gewerbe und die vorhandenen Läden berücksichtigen.

::: Vom Bericht wird Kenntnis genommen.

Traktandum 6**Geschäft Nr.**

Inspektionsbericht der GRPK vom 21.8.2003 zum Thema:

Jugendhaus und Jugendarbeit**187**

Subkommissionspräsidentin A. Mati: Der Kommissionsausschuss ist aufgrund der Inspektion zum Schluss gelangt, dass das Jugendhaus einem Bedürfnis entspricht und dass dort gute, präventive Arbeit geleistet wird. Die Leitung sucht den Kontakt zu den Jugendlichen und pflegt diesen. Seit 1999 wird auch mobile Jugendarbeit geleistet. Allerdings können damit nicht alle Probleme mit Jugendlichen im öffentlichen Raum gelöst werden. Dazu ist eine vernetzte Strategie zwischen Verwaltung, Behörden, Schulen, Polizei und nicht zuletzt den Eltern erforderlich. Vermehrte Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Jugendarbeit wäre wünschenswert. Ähnlich wie im Schulbereich könnte vermehrt über aktuelle Projekte und besondere Ereignisse berichtet werden. Am Rande befasste sich die Subkommission auch mit dem Kinder- und jugendpolitischen Konzept, welches stark angebotsorientiert ist. Ausser den Angeboten der Gemeinde kommen jene der Vereine und Kirchen hinzu. Als Bedürfnis der Jugendlichen besteht der Wunsch nach einer Skating-Anlage. Diese Empfehlung wurde dem Gemeinderat unterbreitet.

Eintreten:

SP: *T. Rehmann* nimmt Stellung zur mobilen Jugendarbeit. Vom 70 %-igen Pensum des Mitarbeiters sind 30 % dafür reserviert. Bedauerlich ist, dass vermutlich aufgrund des reduzierten Pensums sowie wegen der vorwiegenden Abendarbeit ein häufiger Personalwechsel zu verzeichnen war; denn gerade in diesem Bereich ist Kontinuität wichtig. Deshalb wird der Gemeinderat gebeten, den Lohn als auch das Pensum zu prüfen. Der Vergleich mit anderen Gemeinden bezüglich Lohnstufe wäre interessant. Im Bericht wird im Zusammenhang mit Problemen von Disziplinlosigkeit und Gewalt auch erwähnt, dass mit der geplanten Schulsozialarbeit eine Verbesserung erreicht werden könnte. Ein entsprechender Antrag der SP-Fraktion ist aber anlässlich der Budget-Debatte abgelehnt worden.

EVP: *U. von Bidder* greift den Punkt der Auslastung des Jugendhauses auf. Diese wird als "befriedigend" bezeichnet, was er als "nicht gut" interpretiert. Im Bericht findet sich jedoch kein Hinweis darauf, was dagegen unternommen wird. Das Jugendhaus müsste aktiver vermarktet werden. Er vermisst dazu konkrete Anregungen im Bericht.

Grüne: *M. Schmidli* erscheint es angezeigt, dass wenn festgestellt wird, dass die Besucher/innen aus dem Mühlematt-Schulhaus andere Schüler/innen ausschliessen, hier unbedingt eine bessere Integration angestrebt werden muss. Die mobile Jugendarbeit ist ein wichtiger präventiver Beitrag, ersetzt aber keinesfalls die geplante, noch nicht finanzierte Stelle für Schulsozialarbeit. Prävention und Gesundheitsförderung sind ganzheitlich anzupacken. Das Jugendhaus kann einen Teil dazu beitragen, aber auch die Schule und die anderen Institutionen müssen aktiv mitmachen.

JLB: *C. Fries* befürwortet das Jugendhaus. Es ist eine wichtige Institution, nicht zuletzt für Jugendliche aus schlechter situierten Familien. Problematisch ist die mangelnde Durchmischung. Eine Verbesserung zu erreichen, ist allerdings nicht einfach zu bewerkstelligen. Die Realisierung einer Skatingbahn wird sehr unterstützt, weil die Idee von engagierten Jugendlichen stammt.

SVP: *U. Rediger* bezieht sich auf das Votum von U. von Bidder. Er meint, dass bezüglich mangelnder Durchmischung der Schüler/innen gerade die Lehrerschaft der verschiedenen Schulhäuser gefordert ist. Seine Fraktion ist grundsätzlich offen für neue Experimente, z. B. bezüglich mobiler Jugendarbeit.

Stellungnahme des Gemeinderats: *H. Ernst* ergänzt, dass bis im Frühling dieses Jahres das Pflichtenheft des Mitarbeiters und das Konzept für die mobile Jugendarbeit überarbeitet vorliegen werden. Diese Tätigkeit wird seit 1999 angeboten. Kurz nach der Einführung kam es zu einem Stellenwechsel, seither nicht mehr. Im Verlauf dieses Jahres wird auch ein Vergleich der Lohnein-

stufung und des Pflichtenhefts mit anderen Gemeinden vorgenommen werden sowie eine allfällige Pensenerhöhung geprüft. Was das Kinder und jugendpolitische Konzept anbelangt, fanden letztes Jahr zwei Koordinationssitzungen statt, an denen alle in Jugendarbeit involvierten Stellen, wie Familienzentrum, Sozialdienst usw. teilnahmen. Dies führt zu einem wertvollen Austausch. Trotz Werbung in Form von unzähligen Flyers, die an den Schulen verteilt wurden sowie persönlicher Vorstellung des Jugendhauses in den Schulhäusern haben sich die Besuchszahlen nicht wesentlich geändert. Das Angebot der Stadt bildet für die Jungen eine grosse Attraktion bzw. Konkurrenz. Der Gemeinderat wird die Errichtung einer Skatingbahn wohlwollend prüfen und möglichst rasch eine Stellungnahme abgeben.

FDP: *D. Anliker* gibt T. Rehmann zu bedenken, dass nicht nur gestrichen wurde, sondern auch Beiträge für Schullager und Gesundheitsförderung auf Sekundarstufe ins Budget aufgenommen worden sind.

://: Vom Bericht wird Kenntnis genommen.

Traktandum 7

Geschäft Nr.

Inspektionsbericht der GRPK vom Dezember 2003 zum Thema:
Finanzvermögen

188

Subkommissionspräsidentin D. Anliker erwähnt, dass die Kauf- und Verkaufsstrategie des Gemeinderats untersucht worden ist. Es werden einerseits Grundstücke erworben, um sie z. B. für den notwendigen Bau eines weiteren Altersheims verwenden zu können. Andererseits wurde Baurechtsland an Baurechtsnehmer verkauft. Einigkeit herrscht in der Subkommission, dass Steuerenkungen nicht mittels Verkauf von Finanzvermögen realisiert werden dürfen. Hingegen wäre der Abbau einer allfälligen Schuldenlast über die Veräusserung von nicht dringend benötigten Liegenschaften vertretbar, um die Zinslast zu dezimieren. Die Exekutive kann Käufe und Verkäufe in alleiniger Kompetenz vornehmen. Die GRPK erwartet, dass sie künftig über getätigte Transaktionen samt einer Begründung informiert wird.

Eintreten:

SP: *A. Braun:* Die dem Bericht beigefügte Liste aller Liegenschaften und Grundstücke ist wertvoll. Die Fraktion ist im Wesentlichen mit der Politik des Gemeinderats einverstanden. Unter Punkt 5 regt die Subkommission an, dass der Verkauf gewisser Wohnhäuser, die zwecks Unterbringung von Asylanten erworben wurden und heute vermietet sind, zu erwägen sei. Weil sich die Situation im Asylbereich rasch wieder ändern kann, lehnt die Fraktion diesen Vorschlag ab. Im Gegenteil ist zu überlegen, ob nicht eine gewisse Anzahl Wohnungen ins Verwaltungsvermögen transferiert werden sollte, weil Asylunterkünfte eine bleibende Aufgabe der Gemeinde ist. In Binningen fehlt es an preisgünstigen Wohnungen, deshalb sollten in dieser Hinsicht eher vermehrt Anstrengungen unternommen werden.

SVP: *E. Kohl* weist darauf hin, dass die angesprochene Liegenschaft in der Kernmattstrasse als Asylunterkunft diene und jetzt vermietet ist. Die Verträge können nicht innert kürzester Zeit aufgelöst werden. Es ist auch nicht primäre Aufgabe der Gemeinde, günstigen Wohnraum zu schaffen, sondern diejenige privater Liegenschaftsbesitzer/innen sowie der Wohngenossenschaften. Ihre Fraktion ist mit der Art, wie der Gemeinderat das Finanzvermögen bisher bewirtschaftet hat, einverstanden

FDP: *M. Zimmermann* äussert sich erfreut darüber, dass eine Bestandaufnahme vorliegt. Persönlich ist er der Auffassung, dass das Finanzvermögen etwas verkleinert werden könnte. Denkbar wäre, dass die restliche Finanzierung des Schlossparks durch Veräusserung des Finanzvermögens vorgenommen würde.

Stellungnahme des Gemeinderats: J. Saxer erläutert, dass die Liste nur wenig veräusserbare Liegenschaften enthält. Die ehemaligen Asylunterkünfte an der Kernmattstrasse, welche aufgrund des Bedarfsrückgangs inzwischen vermietet sind, können tatsächlich nicht so einfach wieder für diesen Zweck verwendet werden. Deshalb hat der Gemeinderat, wenn ihm eine günstige Liegenschaft angeboten wurde, diese gekauft. Spätestens wenn eine Renovation unumgänglich wird, stellt sich die Frage, ob die Investition getätigt oder die Liegenschaft verkauft werden soll.

://: Vom Bericht wird Kenntnis genommen.

Traktandum 8

Geschäft Nr.

Motion FDP-Fraktion vom 4.11.2003:

Schliessung des Schiessplatzes Allschwiler-Weiher / Schaffung von Sportplätzen auf diesem Areal 177

Eintreten:

FDP: A. Mati erklärt sich im Namen ihrer Fraktion damit einverstanden, dass der Gemeinderat den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen bereit ist. Im Interesse der Jugend und der Sportvereine werden Sportplätze verlangt. Obschon das Areal zum Allschwiler Bann gehört und von Basel-Stadt genutzt wird und somit der Handlungsspielraum für den Gemeinderat stark eingeschränkt ist, soll er entsprechende Verhandlungen führen.

Grüne: K. Birkhäuser: Die Forderung der Schliessung der Schiessanlage bzw. die Verlegung unterirdisch wird sehr unterstützt; hingegen nicht die Forderung der Nutzung für Sportzwecke. Andere Möglichkeiten, wie z. B. als Naturpark sind denkbar. Der Gemeinderat soll verschiedene Optionen offen haben. Er beantragt deshalb, die Formulierung in Punkt 3 "einer anderen sportlichen Nutzung" durch "einer anderen Nutzung" zu ersetzen.

SP: P. Fankhauser: Nachdem er im Juni 2000 ein Postulat mit gleicher Stossrichtung eingereicht hat, welches am 19.2.2001 an den Gemeinderat überwiesen worden ist, befürwortet er die Überweisung des Vorstosses als Postulat. Diese Meinung wird allerdings nicht von allen Fraktionsmitgliedern geteilt. Bei dieser Gelegenheit möchte er erfahren, ob der Gemeinderat seither in dieser Sache Verhandlungen aufgenommen hat.

CVP: A. Achermann befürwortet die Überweisung als Postulat. Bekanntlich hat seine Fraktion zu diesem Thema heute ebenfalls ein Postulat eingereicht mit weiteren Nutzungsvorschlägen. Der Gemeinderat soll alles daran setzen, einen Neubau zu verhindern, insbesondere die geplante gigantische Schallschutzwand. Ein Naherholungsgebiet wird dadurch verschandelt. Der Schiessplatz kann ersatzlos gestrichen werden; denn in Baselland gibt es genügend Alternativen.

EVP: U. von Bidder schliesst sich dem Antrag Birkhäuser an. Die Nutzung sollte nicht auf sportliche Aktivitäten eingeschränkt werden.

FDP: A. Mati ist gegen eine Textänderung; denn dies ist ein zentrales Anliegen des Vorstosses. In absehbarer Zeit zeichnen sich keine Möglichkeiten für Sportplätze ab.

JLB: P. Treuthardt spricht sich für die unveränderte Überweisung des Postulats aus. Seit Jahren mangelt es in Binningen an Sportplätzen.

SP: U. Kunz: In der Abstimmung in Basel im Juni 2001 hat der Regierungsrat dem Volk versprochen, dass die frei werdende Fläche von 30'000 m² der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden soll. Als Anwohner des Schiessplatzes plädiert er dafür, dass das Areal naturbelassen wird und lehnt deshalb die Überweisung an den Gemeinderat ab.

SVP: *U. Rediger* spricht sich seitens seiner Fraktion für die Überweisung des Postulats aus. Allerdings fragt es sich, ob die ganze Fläche für Sport genutzt werden soll. In den schiessfreien Zeiten weiden schon heute Kühe auf der Grünfläche. Ein Teil des Areals könnte auch weiterhin als Wiese belassen werden.

Stellungnahme des Gemeinderats: *R. Felber* fasst zusammen, dass sehr viele Nutzungsmöglichkeiten und -wünsche vorhanden sind. Allerdings ist einmal mehr zu betonen, dass Binningen wenig Einflussmöglichkeiten hat. Was mit dem Gebiet geschieht, ist Sache von Allschwil. Schon bevor das Postulat Fankhauser überwiesen worden ist, haben gemeinsame Verhandlungen mit Basel-Stadt und Allschwil stattgefunden, welche positiv verliefen. Erst wenn das hängige Bundesgerichtsurteil gefällt ist, sind weitere Gespräche überhaupt wieder möglich.

Mit 23 Ja, 6 Nein bei 7 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Die Motion wird als Postulat an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 9

Geschäft Nr.

Interpellation SP-Fraktion vom 15.12.2003:

Sanierung und Nutzung Liegenschaft Holeerain 42

185

Antwort des Gemeinderats: *R. Felber*

Zu Frage 1: Weshalb wurde die Renovation, welche für 2003 vorgesehen war, verzögert?

Es trifft zu, dass die Renovation dieser Liegenschaft im Investitionsplan enthalten war. Weil andere Projekte, wie Meiriacker-Schulhaus, Friedhof, Schlosspark, Kunstrasenfelder dringender waren, wurde sie zurückgestellt.

Zu Frage 2: Was wurde bisher unternommen, um das Gebäude vor dem Zerfall zu schützen?

Nach der Handänderung wurde ein Inventar aufgenommen. Dies geschah gemeinsam mit der kantonalen Denkmalpflege. Die Bauabteilung hat die Gebäudesubstanz kontrolliert, die Dachkonstruktion wurde gesichert.

Zu Frage 3: Welche Nutzungsmöglichkeiten für das Gebäude wurden bisher diskutiert?

Eine Machbarkeitsstudie zeigt verschiedene Nutzungsmöglichkeiten auf. Die Denkmalpflege regt an, dass der Nordteil des Gebäudes weiterhin Wohnraum bleiben soll. Die übrige Nutzung hängt vom Gesamtkonzept ab.

Zu Frage 4: Welche Nutzungsmöglichkeiten prüft der Gemeinderat derzeit für das Gebäude und den unbebauten Teil des Grundstücks?

Die Parzelle, auf welcher das Haus steht und ein Landstück zur Kernmattstrasse hin, gehören der Gemeinde, der obere Teil dem Kanton. Denkbar sind Wohnungen, ev. ein Kindergarten. Konkrete Pläne liegen noch nicht vor.

Zu Frage 5: Wie ist der Planungsstand?

Ausser dem Gebäudeinventar und der Machbarkeitsstudie liegt eine Baukostenschätzung vor.

Zu Frage 6: Mit welchen Kosten rechnet der Gemeinderat für die Sanierung des Hauses?

Die Grobschätzung ergab rund 2 Mio. Franken.

Zu Frage 7: Wann hat der Gemeinderat vor, dem Einwohnerrat konkrete Vorschläge für die Sanierung des Hauses vorzulegen?

Obwohl die Bauabteilungen von den laufenden Projekten sehr in Anspruch genommen werden, soll das Objekt in Angriff genommen werden. Verhandlungen mit dem Kanton zum Erwerb des oberen Parzellenteils sind angelaufen. In einigen Wochen kann die Planung aufgenommen werden. Der Einwohnerrat soll noch dieses Jahr über eine Vorlage entscheiden können.

SP: *R. Dürig* hätte gern mehr erfahren, welche Nutzungen der Liegenschaft der Gemeinderat ins Auge fasst.

Gemeinderat R. Felber: Das Haus ist gross genug, um nebst einer Wohnung beispielsweise einen Ausstellungsraum zu schaffen. Auf dem freien Gelände wäre ein Kindergarten und eine Wohnung im ersten Stock denkbar.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

Traktandum 10

Diverses

Keine Wortmeldungen.